

zum Kreis- und Strategieausschuss am 08.07.2024, TOP 4

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Ebersberg, 24.06.2024

Az.

Zuständig: Katja Witschaß, ☎ 08092/823-268

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreis- und Strategieausschuss am 08.07.2024, Ö

Haushalt 2024; Zwischenbericht 2024 aus den Fachbereichen des Kreis- und Strategieausschusses

Sitzungsvorlage 2024/1157

I. Sachverhalt:

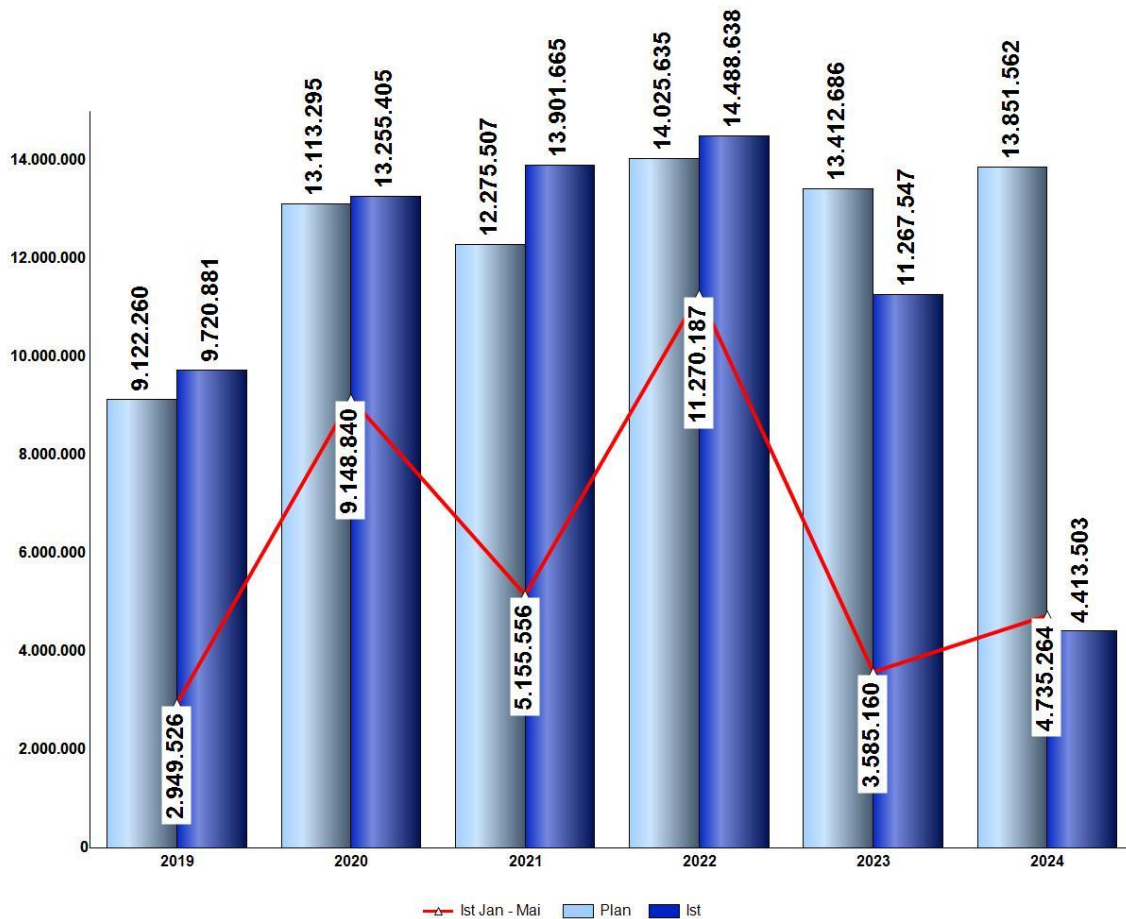
Die Zwischenberichte der Fachausschüsse sind ebenso standardisiert, wie die Budget- und Abschlussberichte. Sollte es aus der Mitte des Ausschusses Anregungen zur Verbesserung der Transparenz geben, würde sich die AG Politik und Verwaltung damit befassen.

Die Einbeziehung der Fachausschüsse bei der Beratung über die Eckwerte ist nach der Beschlusslage des Kreistages nicht vorgesehen. Die Eckwerteberatungen für den Haushalt 2025 finden im Kreis- und Strategieausschuss am 08.07.2024 und im Kreistag am 29.07.2024 statt. Unabhängig von der Eckwertediskussion erhalten die Fachausschüsse einen Zwischenbericht über den Stand des Haushaltsvollzuges ihrer Fachbereiche.

1. Gesamtüberblick (Cockpit):

1.1 Ergebnisrechnung

Die Gesamtausgaben des Kreis- und Strategieausschusses stellen sich wie folgt dar:



Erläuterung:

Die linke Säule zeigt die Planansätze eines Jahres die rechte die Ist-Werte. Die rote Linie markiert den Stand zum 31.05. eines Jahres.

Die lineare Betrachtung der Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2017	34,26%	2.812.802	8.225.890	100,20%	-0,20%
2018	35,47%	3.073.671	8.958.832	103,38%	-3,38%
2019	32,33%	2.949.526	9.720.881	106,56%	-6,56%
2020	69,77%	9.148.840	13.255.405	101,08%	-1,08%
2021	42,00%	5.155.556	13.901.665	113,25%	-13,25%
2022	80,35%	11.270.187	14.488.638	103,30%	-3,30%
2023	26,73%	3.585.160	11.267.547	84,01%	15,99%
2024	34,19%	4.735.264	4.413.503	32,92%	67,08%

Die Mittelausschöpfung zum Zeitpunkt 31.05.2024 liegt bei 34,2 %. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist nur schwer möglich, weil die Kostenstelle Corona die Stichtagsbetrachtung in dem Zeitraum 2020 bis 2023 verzerrt. Des Weiteren sorgt in den Jahren 2020 und 2022 die Kostenstelle der Kreisklinik aufgrund des Verlustausgleiches zu einem erhöhten Mehrbedarf zum Stichtag.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Kostenstelle 097 Klimaschutzmanagement ab dem Haushaltsjahr 2022 dem ULV-Ausschuss zugeordnet ist. Bis 2021 sind die Plan- sowie Ist-Werte im Budget des Kreis- und Strategieausschusses enthalten.

1.2 Investitionen:

Auf die Darstellung der Investitionen wird im Zwischenbericht verzichtet, weil dies zu diesem Zeitpunkt keine Aussagekraft hat. Es gibt derzeit keine Anzeichen, dass die veranschlagten Mittel nicht ausreichen.

2. Darstellung der einzelnen Kostenstellen des Kreis- und Strategieausschusses

2.1 Die Sachgebiete

	Jan - Mai					Jan - Dez		Prognose
	Ist					Plan		
	2020	2021	2022	2023	2024	2024	Ausschöpfung %	
012 Umlage KSt. Versorgungsumlage Beamte 502110	284.420	170.677	292.267	331.631	282.932	648.690	43,6%	in Personalkosten enthalten
013 Umlage KSt. Beihilfe 504110	195.716	195.496	176.089	60.820	55.740	112.980	49,3%	in Personalkosten enthalten
016 Corona	3.546.531	1.245.800	6.237.044	-961.887	1.258	0		- 300.000
021 Gemeinkosten-topf	328.820	93.806	296.813	415.010	533.027	1.730.347	30,8%	39.000
025 Zentrales Controlling				452	42.528	97.821	43,5%	1.000
031 Energieagentur gGmbH	207.858	245.630	283.519	283.527	314.867	566.370	55,6%	15.700
035 Wohnbaugesellschaft Ebersberg gKU	6.115	148	657	179	30			Planeinhaltung
040 Kreisklinik Sondervermögen						200.000		Planeinhaltung
041 Kreisklinik gGmbH	1.898.264	-76.694	950.748	-27.841	-150.053	1.803.824	-8,3%	108.100
042 Kreisklinik gGmbH - Erbe Jakob				4.952	1.428			Planeinhaltung
045 Sozialer Wohnungsbau	59.400	140.538	76.438	90.719	21.004	224.817	9,3%	Planeinhaltung
050 Revisionsamt	89.893	119.836	115.465	105.462	120.296	316.747	38,0%	2.000
070 Staatl. Schulamt Ebersberg	-12.205	-5.622	-5.135	-5.693	10.017	-4.355	-230,0%	13.500
090 Personalrat	48.713	34.845	46.025	54.373	57.866	206.091	28,1%	Planeinhaltung
095 Landrat/ Büro Landrat	334.541	280.339	351.325	362.959	421.391	938.868	44,9%	37.500
096 Geschäftsführung Kreistag	86.427	153.086	151.680	150.228	150.427	428.042	35,1%	2.000
097 Klimaschutzmanagement	58.014	136.024						siehe ULV
098 Zensus 2021		10.970	-139.132	17.588	149	3.408	4,4%	- 3.400

	Jan - Mai					Jan - Dez		Prognose
	Ist					Plan		
	2020	2021	2022	2023	2024	2024	Ausschöpfung %	
099 Zentrale Vergabestelle	500	39.288	30.855	45.536	61.192	179.412	34,1%	Planeinhaltung
100 Abteilung 1, Zentrales und Bildung	152.684	225.593	228.295	223.941	201.306	554.945	36,3%	- 31.000
111 EDV und Kommunikation	515.269	685.451	654.730	939.566	1.152.005	2.304.773	50,0%	36.800
115 Registratur	145.535	151.903	177.182	157.408	173.202	441.324	39,2%	Planeinhaltung
120 Personalservice	475.450	502.527	558.226	574.493	672.888	1.836.659	36,6%	54.500
130 Bürgerservice	45.840	33.747	52.345	53.539	65.578	132.800	49,4%	7.900
145 Finanzen, Beteiligungen, Kreiskasse	633.492	709.201	676.776	667.418	514.512	1.039.108	49,5%	- 307.000
205 Gleichstellungsstelle	16.811	23.331	17.807	144	48	-652	-7,3%	Planeinhaltung
300 Fachabteilung 3, Öffentliche Sicherheit, Gemeinden	3.587	5.070	5.473	5.956	6.983	18.768	37,2%	Planeinhaltung
305 Staatliche Rechnungsprüfungsstelle	16.099	16.224	15.973	15.613	17.958	46.407	38,7%	Planeinhaltung
400 Fachabteilung 4, Bau und Umwelt	11.067	18.343	18.722	19.065	6.685	24.368	27,4%	1.100
SUMME	9.148.840	5.155.556	11.270.187	3.585.160	4.735.264	13.851.562	34,2%	

Die Prognose der Sachgebiete bezieht sich auf alle Abweichungen der Ergebnisrechnung bis auf die Personalkosten. Die Prognose für die Personalkosten hat der Personalservice für alle Kostenstellen ermittelt und wird am Ende des Berichtes für den gesamten Teilhaushalt mit einbezogen.

Corona (016)

Erstattungen in Höhe von 300.000 € sind bereits in 2023 eingegangen, welche aber bis Buchungsschluss nicht richtig zugeordnet werden konnten. Eine Klärung steht weiterhin aus. Es wird aber davon ausgegangen, dass der Betrag dieses Jahr verbucht werden kann. Ebenso stehen weitere Aussagen der Regierung zu den offenen 3 Anträgen in Höhe von 818.252 € noch aus.

Gemeinkostentopf (021)

Der Vertrag des Juris Abonnements wird im Juli 2024 verlängert. Die Pauschale erhöht sich regelmäßig, sodass mit 5.000 € mehr zu rechnen ist. Darüber hinaus wurde die Esri-Rechnung in 2023 falsch abgegrenzt und es wurde aufgrund des Kostenstellenwechsels zu wenig Budget eingeplant, sodass 34.000 € mehr in 2024 verbucht werden. Insgesamt entsteht ein Mehrbedarf von 39.000 €.

Energieagentur (031)

Der Jahresabschluss 2023 ergab für den Landkreis einen Jahresüberschuss von rd. 30.000 €, welcher an den Gesellschafter im Jahr 2024 ausgezahlt wird. Davon abgezogen wird ein

Betrag i.H.v. 45.675 €, da die abschließende Planung der Energieagentur 2023 nach Verabschiedung der Haushaltsplanung des Landkreises erfolgte und somit der Energieagentur geringere Abschläge gezahlt wurden. Somit fallen auf dieser Kostenstelle **15.700 €** mehr an.

Kreisklinik gGmbH (041)

Für die Kreisklinik wird von einem **Mehrbedarf in Höhe von 108.100 €** ausgegangen. Die Abschreibungen werden voraussichtlich aufgrund des Zuschusses für medizinischen Geräte um 115.100 € höher als geplant anfallen. Bei der Afa-Vorausschau der Kreisklinik im Herbst 2023 konnte der Bescheid für das Jahr 2024 noch nicht berücksichtigt werden. Die Pacht für das MVZ Rosenheim erhöht sich aufgrund der vertraglichen Indexierung. Somit fällt der Ertrag um rd. 7.000 € höher aus als geplant.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Defizitausgleich 2023 für die Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe, der in der Regel im Jahr 2024 ausgeglichen wird, **um 1.547.566 € höher als geplant** ausfällt. Es ist beabsichtigt, diesen Betrag erst nach 5 Jahren auszugleichen. Somit wird die HH-Planung in diesem Bereich nicht überschritten.

Staatl. Schulamt Ebersberg (070)

Durch den Umzug des Schulamtes in die Ulrichstraße sind für die Möbelausstattung (Schränke, Tische, Regale, etc.) **Mehrausgaben in Höhe von gesamt 13.500 €** angefallen. Für 2024 waren 11.500 € für die Möblierung als Investition geplant - da der Preis pro Möbelstück unter 800 € lag, haben sich die Kosten in den Ergebnishaushalt verschoben.

Landrat/ Büro Landrat (095)

Für die Kostenstelle 095 wird mit einem Mehrbedarf in Höhe von **37.500 €** gerechnet. Die Stellvertreter des Landrats werden öfter als geplant eingesetzt, sodass voraussichtlich 30.000 € mehr als geplant anfallen werden. Auch das Budget für Feiern und Ehrungen gerade hinsichtlich der höhere Kosten für Medaillen der Sportlerehrungen wird um 5.000 € überschritten. Der restliche Mehrbedarf entsteht durch das Fahrsicherheitstraining für den Fahrer des Landrates und durch höherer Leasingkosten aufgrund des Herstellerwechsels.

Abteilung 1, Zentrales und Bildung (100)

Das Budget kann voraussichtlich **um 31.000 € unterschritten** werden. Das geplante Beratungsbudget (25.000 €) wird voraussichtlich nicht benötigt. Des Weiteren wird das Budget für den neuen Sicherheitsdienst um 6.000 € unterschritten.

EDV und Kommunikation (111)

Bei den Wartungsgebühren kann das Budget nicht eingehalten werden. Hier wurde ein zusätzlicher Vertrag mit msg Blue Prism mit 15.800 € abgeschlossen. Des Weiteren werden noch 2 Switche geliefert, welche Wartungskosten in Höhe von 16.000 € verursachen. Die Entsorgungskosten (3.000 €) für Datenträger in 2023 wurden letztes Jahr nicht abgerechnet, sodass die Abrechnung in diesem Jahr erfolgte. Bei den Fortbildungskosten wird mit 2.000 € mehr Kosten gerechnet. Insgesamt wird bei dieser Kostenstelle von einem **Mehrbedarf in Höhe von 36.800 €** ausgegangen.

Personalservice (120)

2024 ist mit einer **Überschreitung von 54.500 €** zu rechnen. Die Betriebsarztkosten werden aufgrund der aktuellen Hochrechnung um 7.000 € höher ausfallen, als geplant. Die Kosten für die AKDB-Abrechnungen werden den Planansatz um 15.600 € übersteigen, weil die Kosten aufgrund der Einführung des §2b UstG bei der AKDB, die Abrufe der eAU und der vielen Gesetzesänderungen gestiegen sind. Ebenso wird bei den Stellenausschreibungen mit 16.800 € mehr Mittel gerechnet, weil die Stelle für die Sachgebietsleiterin sowie für die Teamleitung neu ausgeschrieben werden musste bzw. muss. Die Abschreibungen werden den Planansatz um 10.000 € überschreiten, weil einige Notebooks und zum Beispiel das AKDB Reisekostenmodul nicht in der Planung berücksichtigt wurden sind. Für die EDV- Wartung ist 4.100 € zusätzlich zu berücksichtigen, weil einige neue Auswertungen bezüglich der Kranktagestatistik, Fehlzeitbericht usw. eingestellt werden mussten.

Bürgerservice (130):

Der **Mehrbedarf in Höhe von 7.900 €** entsteht durch die benötigten Stellenausschreibungen.

Finanzen, Beteiligungen, Kreiskasse (145):

Bei der Kostenstelle 145 wird mit **Mehreinnahmen in Höhe von 307.000 €** ausgegangen. Dies begründet sich durch die Zinserträge für den angesparten Betrag des Kassenkredites. In dem Ansatz 2024 wurde die zeitliche Abgrenzung der Zinserträge nicht berücksichtigt. Des Weiteren wurde der Zinsanteil 2023 ausversehen in das Jahr 2024 gebucht. Den Mehrerträgen stehen rund 24.100 € höhere Aufwendungen gegenüber. Für die inneren Darlehen von der Kommunalen Abfallwirtschaft sind Zinsen fällig, welche nicht geplant wurden.

Bewertung im Hinblick auf das Jahresergebnis des Teilbudgets des Kreis- und Strategieausschusses:

Laut Hochrechnung der Personalkosten des Personalservice wird für das Teilbudget des KSA-Ausschusses im Jahr 2024 ein Minderbedarf in Höhe von 858.100 € entstehen. Hauptsächlich ist der Minderbedarfs mit der Kostenstelle 021 „Gemeinkostentopf“ zu begründen. Auf dieser Kostenstelle wurde pauschal 750.000 € für die 20 Reservestellen eingeplant. Die tatsächlichen Beträge werden auf den jeweiligen Kostenstellen der Mitarbeiter zugeordnet. Ein weiterer Minderbedarf entsteht aufgrund zeitverzögerte Nachbesetzungen von Stellenanteilen und aufgrund langzeiterkrankter Mitarbeiter. **Nach derzeitigem Kenntnisstand wird das Teilbudget des Kreis- und Strategieausschusses um 1.180.400 € unterschritten.**

Kostenstelle Finanzierung (020)

Zum jetzigen Zeitpunkt wird für die Finanzierungskostenstelle insgesamt von **Mehraufwendungen in Höhe von 1.126.000 € für 2024** ausgegangen:

Schlüsselzuweisungen	33.800 € mehr Erträge Der Grundbetrag war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bekannt.
Grunderwerbssteuer	150.000 € weniger Einnahmen

Kreisumlage	49.500 € mehr Erträge Aufgrund einer Prozessänderung wurde 2021 irrtümlich zu wenig Kreisumlage eingezogen. Dieser Teilbetrag wurde 2024 nachträglich erstattet.
Erträge aus der Zinssteuerung	100.000 € mehr Erträge
Krankenhausumlage	1.072.700 € mehr Aufwendungen Die Erhöhung der Krankenhausumlage erfolgte jeweils zur Hälfte durch den Staatshaushalt und durch die Landkreise/kreisfreie Städte. Diese Aufteilung war bei der Haushaltsplanung noch nicht bekannt bzw. absehbar.
Bezirksumlage	Keine Abweichung zum Plan
Zuführung Pensionsrückstellung, Beihilferückstellung, Altersteilzeit	Keine Abweichung zum Plan
Zinsaufwendungen	85.000 € mehr Aufwendungen Zinsaufkommen für Kreditvolumen Stand Juni 2024 ohne Berücksichtigung weiterer Kreditaufnahmen

Die Grunderwerbsteuer liegt zum Stand Juni 2024 (Beträge für Jan-Mai) um **51.000 € über** dem gleichen Stand des Vorjahres. In der Planung 2024 ist ein Ansatz von 5,0 Mio. € berücksichtigt. Aufgrund der berechneten Prognose wird mit **Mindereinnahmen in Höhe von 150.000 €** gerechnet.

Die tatsächliche Entwicklung der Einnahmen aus dem Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer können als Einnahme aus dem allgemeinen Finanzausgleich vom Landkreis kaum beeinflusst werden. Nachdem die positive Entwicklung dieser Einnahme im Jahr 2019 fast ausschließlich zum positiven Jahresergebnis beigetragen hat, soll im Folgenden kurz die vergangene Entwicklung der Grunderwerbsteuer sowie eine aktuelle Systemprognose dargestellt werden.

Entwicklung Grunderwerbsteuer (2016-2024):

	Plan	Ist	Abweichung
2016	-4.000.000	-4.987.202	987.202
2017	-4.000.000	-5.494.203	1.494.203
2018	-4.500.000	-6.412.030	1.912.030
2019	-5.000.000	-8.098.645	3.098.645
2020	-6.200.000	-6.113.591	-86.409
2021	-6.000.000	-7.018.704	1.018.704
2022	-6.500.000	-5.846.230	-653.770
2023	-6.000.000	-3.877.250	-2.122.750
2024 Jan-Mai	-5.000.000	-1.665.594	-3.334.406

Entwicklung Grunderwerbsteuer 2024:

	Plan	Ist	Ist Vorjahr	Kons. Prog. 2J
Jan-Jan	-5.000.000	0	0	0
Jan-Feb	-5.000.000	-366.463	-497.994	-366.463
Jan-Mär	-5.000.000	-743.560	-562.515	-743.560
Jan-Apr	-5.000.000	-1.082.486	-877.875	-1.082.486
Jan-Mai	-5.000.000	-1.403.063	-1.270.990	-1.403.063

	Plan	Ist	Ist Vorjahr	Kons. Prog. 2J
Jan-Jun	-5.000.000	-1.665.594	-1.614.658	-1.846.836
Jan-Jul	-5.000.000	-1.665.594	-1.948.956	-2.411.986
Jan-Aug	-5.000.000	-1.665.594	-2.215.621	-2.881.387
Jan-Sep	-5.000.000	-1.665.594	-2.438.064	-3.264.129
Jan-Okt	-5.000.000	-1.665.594	-2.771.582	-3.681.310
Jan-Nov	-5.000.000	-1.665.594	-3.117.286	-4.099.513
Jan-Dez	-5.000.000	-1.665.594	-3.877.250	-4.852.191

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv
 ja, negativ
 nein

Auswirkung auf Haushalt:

Das Teilbudgets des Kreis- und Strategieausschusses wird voraussichtlich um **1.180.400 € unterschritten**.

Der Planansatz der Kostenstelle Finanzierung wird nach derzeitigem Kenntnisstand bei der Annahme, dass die Grunderwerbsteuer bis zu 150.000 € unter dem Planansatz liegt, um ca. **1.126.000 € überschritten**.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Diese Vorlage dient der Information der Kreisräte; ein Beschluss ist nicht notwendig. In einem Jahr wird dem Kreis- und Strategieausschuss in dieser Form wieder berichtet.

gez.

Katja Witschaß